

Antrag A11: Nein zur Militarisierung! Für Frieden, Diplomatie und soziale Sicherheit

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	angenommen
Sachgebiet:	A - Allgemeine Anträge
Schlagwörter:	Antragsheft 1
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 72 (Änderungsantrag ÄA12) - übernommen Zeile 188 (Änderungsantrag ÄA13) - übernommen

1 **Nein zur Militarisierung! Für Frieden, Diplomatie und soziale Sicherheit**

2 Die internationale Nachkriegsordnung befindet sich im Zerfall. Nach dem Zweiten
3 Weltkrieg standen sich zwei Machtblöcke gegenüber – diese Konstellation löst
4 sich erkennbar auf. Neue globalpolitische Akteur*innen betreten das Feld: China,
5 wachsende BRICS-Kooperationen, die Neuordnung russischer Machtverhältnisse und
6 neue regionale Militärallianzen im Nahen Osten verändern die geopolitische Lage.

7 Im Interesse der herrschenden Klasse treiben die NATO und ihre Mitgliedstaaten
8 eine Politik der massiven Aufrüstung mit dem Ziel kriegstüchtig zu werden voran.
9 Raketenstationierungen, dauerhaft erhöhte Verteidigungsbudgets und das neue 5%-
10 DefencelInvestment-Commitment bedeuten eine gigantische Umverlagerung
11 öffentlicher Mittel in Panzer, Raketen und Profite für Rüstungskonzerne – auf
12 Kosten von Bildung, Pflege, Wohnraum und Klimaschutz. Aufrüstung als
13 klimaschädliche Kraft wird völlig unterschätzt. Parallel intensivieren EU-
14 Institutionen die militärische Zusammenarbeit und forcieren gemeinsame
15 Rüstungsprojekte. Was als „europäische Handlungsfähigkeit“ propagiert wird,
16 droht in Wahrheit zur Blaupause einer europäischen Aufrüstungsmaschine zu
17 werden.

18 Gleichzeitig sehen wir eine gefährliche Zunahme der Missachtung des
19 Völkerrechts: militärische Interventionen weltweit und die selektive Befolgung
20 von völkerrechtlichen Vorgaben werden zur politischen Routine. Völker- und
21 Menschenrecht werden mehr und mehr selektiv im Sinne geostrategischer Interessen
22 missbraucht und an anderen Stellen bewusst hintertrieben. Diese Politik fördert
23 eine Eskalationsdynamik, die zu mehr Kriegen und mehr Gewalt führt und
24 gleichzeitig rechten, nationalistischen Kräften Auftrieb gibt.

25 Dem stellen wir eine Politik der Abrüstung, der konsequenten Achtung des
26 Völkerrechts, der Stärkung internationaler zivilgesellschaftlicher und
27 diplomatischer Konfliktlösungen sowie eine soziale Sicherheitspolitik entgegen.
28 Frieden entsteht durch soziale Sicherheit, internationale Zusammenarbeit,
29 wirtschaftliche Gerechtigkeit und zivile Konfliktlösungen – nicht durch Panzer
30 und Aufrüstung.

31 **Sondervermögen für Verteidigung, Wehrpflicht durch die Hintertür, „Herbst der Reformen“**

32
33 Der Bundestag hat ein Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro für die
34 Bundeswehr eingerichtet – ein massiver Transfer öffentlicher Ressourcen
35 Militärprojekte, der Sozial- und Klimapolitik unmittelbar unter Druck setzt.

36 Dieses Geld befeuert eine dauerhafte Aufrüstungslogik. Das Versprechen, dass
37 mittels eines Sondervermögens der Haushalt in anderen Bereichen nicht gekürzt
38 werden müsste, hat sich als Farce herausgestellt: Merz behauptet nun, wir
39 könnten uns den Sozialstaat nicht mehr leisten, obwohl der Anteil der
40 Haushaltsausgaben für Soziales nicht gestiegen ist.

41 Gleichzeitig treibt die Bundesregierung personelle Mobilisierungsmaßnahmen
42 voran: Das Wehrdienst-Modernisierungsgesetz baut Strukturen zur Ausweitung von
43 Personalreserven und Erfassungsinstrumenten auf. Wir warnen: Fragebögen,
44 Register, Informationspflichten oder Rekrutierungsanreize bereiten eine
45 Wehrpflicht vor. Wir lehnen jede Form faktischer Pflicht, Erfassung oder
46 Druckmechanismen ab – und fordern die Streichung der Wehrpflicht aus dem
47 Grundgesetz.

48 Dieser Aufrüstungskurs fällt zusammen mit einem „Herbst der Reformen“, in dem
49 das Sozialrecht verschärft wird: das Bürgergeld steht unter Druck, Sanktionen
50 werden verschärft, Ausbildungsbedingungen bleiben miserabel und Lohnungleichheit
51 wächst. Während Konzerne weiter profitieren, sollen Beschäftigte, Rentner*innen
52 und Erwerbslose die Kosten tragen.

53 Diese Prozesse sind kein Zufall, sondern Teil einer zusammenhängenden Politik –
54 Aufrüstung, soziale Aushöhlung und rechter Stimmungsaufbau laufen Hand in Hand.
55 Unsere Antwort: Reichtum umverteilen, Superreiche endlich angemessen besteuern,
56 Milliarden in Soziales, Bildung, ÖPNV und Klimaschutz umlenken – für ein gutes
57 Leben vor allem auch für die junge Generation statt Kriegspolitik.

58 **Mittelstreckenwaffen in Hessen**

59 Die geplante Stationierung von US-Mittelstrecken-Systemen macht Hessen –
60 insbesondere Wiesbaden – zur potenziellen Zielregion. Wir solidarisieren uns mit
61 den Protesten gegen die Stationierung und fordern die Landesregierung auf, alle
62 Mittel zur Verhinderung dieser Eskalationsstrategie zu nutzen. Denn von
63 deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen. Wir lehnen das Denken und
64 Handeln in Abschreckungs-, Bedrohungs- und Kriegführungskategorien ab.
65 Mittelstreckenwaffen in unserer Region schaffen keine Sicherheit – sie gefährden
66 sie.

67 **Militarisierung im Alltag – Werbung, Schulen, Infrastruktur**

68 Militarisierung ist längst Alltag geworden: Die Bundeswehr wirbt immer mehr im
69 öffentlichen Raum: in Klassenzimmern, an Hochschulen, auf Jobmessen, auf
70 Straßenbahnen und bei öffentlichen Festen wie dem Hessentag. Kliniken werden für
71 sogenannte „Kriegsnotfälle“ ertüchtigt, Bahnstrecken und Straßen für den

ÄA12 - übernommen:

72 schnellen Transport von Rüstungsgütern umgebaut. Die Kommunen werden verpflichtet den
73 Zivilschutz massiv auszubauen und alle Einrichtungen auf Krieg auszurichten. Finanziert muss dies
74 aber zu Lasten anderer Haushaltsansätze. Selbst die Agentur für Arbeit
75 bereitet sich vor. Diese Allgegenwart normalisiert Krieg und macht militärische
76 Logik zum gesellschaftlichen Normalfall.

75 Wir sagen: Schluss damit. Es ist zynisch, junge Menschen in prekären Lebenslagen
76 mit Hochglanz Gehaltsversprechen an Werbeständen zu ködern, während Ausbildungs-
77 und Arbeitsbedingungen miserabel bleiben. Statt Kanonenkäufe und Werbekampagnen

78 braucht es gute Ausbildung, sichere Arbeitsplätze, faire Löhne und echte
79 Perspektiven – kein Werben fürs Sterben.

80 **Gaza- Gegen den Genozid und für einen nachhaltigen Frieden**

81 Das menschliche Leid in Gaza ist unermesslich: großflächige Zerstörung,
82 zehntausende Tote, massenhafte Vertreibungen, Hunger und Krankheiten prägen das
83 Bild des Völkermords. Der Genozid, die systematische Zerstörung der
84 Lebensgrundlagen und die Aushungerung der palästinensischen Bevölkerung stellen
85 schwerwiegende Verstöße gegen das Völkerrecht und Kriegsverbrechen dar.

86 Der vor den Augen der Welt begangene Völkermord verdeutlicht das mangelnde
87 Interesse der internationalen Gemeinschaft, effektiven Schutz für Zivilist*innen
88 zu gewährleisten und bestehende völkerrechtliche Verpflichtungen durchzusetzen.
89 Selektive Empörung, doppelte Standards und geopolitisch motiviertes Schweigen
90 untergraben die Glaubwürdigkeit des internationalen Rechts und verstärken das
91 Gefühl globaler Ungerechtigkeit.

92 Am 9. Oktober 2025 wurde eine erste Phase einer Waffenruhe zwischen Israel und
93 der Hamas vereinbart. Diese fragile Vereinbarung ist ein allererster Schritt, um
94 humanitäre Hilfe zu sichern, Verletzte zu versorgen und die Freilassung von
95 Geiseln zu ermöglichen. Dennoch bleibt die Lage instabil, und die Einhaltung des
96 Waffenstillstands muss international überwacht werden.

97 Gleichzeitig zeigt der Konflikt die strukturelle Perspektivlosigkeit eines
98 politischen Status quo, der Besatzung, Blockade und Entrechtung fortschreibt.
99 Ein nachhaltiger Frieden kann nur auf der Grundlage gleicher Rechte, der
100 Anerkennung Palästinas als Staat, der umfassenden Achtung des Völkerrechts und
101 der internationalen Verantwortlichkeit entstehen. Das Selbstbestimmungsrecht der
102 Völker muss auch für das palästinensische Volk gelten!

103 **Ukraine, Russland und eine Strategie gegen Eskalation**

104 Der Angriffskrieg Russlands in der Ukraine ist ein eklatanter Bruch des
105 Völkerrechts. Wladimir Putin trägt die politische Verantwortung für die Invasion
106 und die Zerstörung ziviler Infrastruktur. Der Krieg hat zu massiven zivilen
107 Opfern, Vertreibungen und humanitären Katastrophen geführt und destabilisiert
108 die gesamte Region.

109 Gleichzeitig ist die militärische Logik, die in Waffenlieferungen die Lösung
110 sieht, trügerisch. Waffen verlängern den Krieg, zerstören Infrastruktur und
111 töten Zivilist*innen. Sie verschärfen Eskalationsdynamiken und führen nicht zu
112 nachhaltiger Konfliktlösung.

113 Die Situation verdeutlicht das Versagen internationaler Mechanismen, Konflikte
114 durch Diplomatie, völkerrechtlich verbindliche Vereinbarungen und zivile
115 Schutzmaßnahmen zu begrenzen. Deswegen fordern wir eine Weiterentwicklung der
116 internationalen Zusammenarbeit.

117 Schutzprogramme für Zivilist*innen, Evakuierungskorridore, medizinische Hilfe
118 und Unterstützung für Kriegsdienstverweigerer sind dringend erforderlich. Nur
119 durch das Vorantreiben internationaler Vermittlungsformate, nachhaltigen
120 Wiederaufbau und die konsequente juristische Verfolgung von Kriegsverbrechen
121 kann die Aussicht auf ein Ende des Kriegs entwickelt werden.

122 **Versammlungsfreiheit: Schutz von Protest und demokratischem Widerstand in Hessen**

123 Demonstrationen, ziviler Ungehorsam und solidarische Aktionen sind zentrale
124 Instrumente demokratischer Gegenmacht. Wir verurteilen Einschränkungen,
125 polizeiliche Repression und Überwachung gegen Antikriegs- und
126 Solidaritätsproteste. Die Landesregierung muss Deeskalation verbindlich machen,
127 Protesträume garantieren und die Kriminalisierung der Proteste stoppen.
128 Antimilitaristische Ansichten müssen ihren Raum in der Gesellschaft haben
129 dürfen. Gleichzeitig muss – ganz besonders in Hessen - eine bessere Kontrolle
130 polizeilicher Macht strukturell eingeführt werden.

131 **Die Rolle der Linken**

132 Militarisierung ist Klassenpolitik von oben: Profite für Rüstungs- und
133 Sicherheitskonzerne, Einsparungen und Belastungen für Lohnabhängige, Alte,
134 Erwerbslose und junge Menschen sind die Folgen. Die Linke setzt dem eine Politik
135 der sozialen Sicherheit entgegen: Umschichtung des Sondervermögens und laufender
136 Militärausgaben in Bildung, Gesundheit, Pflege, sozialen Wohnungsbau und
137 Klimaschutz. Soziale Sicherheit ist die Grundlage echter Sicherheit.

138 Wir verstehen und als Teil der Friedensbewegung. Wir organisieren und
139 unterstützen Proteste, vernetzen antimilitaristische, feministische und
140 antirassistische Bewegungen und bauen konkrete Bündnisse mit
141 zivilgesellschaftlichen Initiativen vor Ort auf. Wir leisten praktische und
142 rechtliche Unterstützung für Geflüchtete, Deserteur*innen und
143 Kriegsgegner*innen, stärken Schutznetzwerke und schaffen Zugänge zu Beratung und
144 Unterkünften. Parlamentarisch bringen wir Anträge gegen Aufrüstung ein, fordern
145 die sofortige Aussetzung von Rüstungsexporten und treiben unabhängige
146 Untersuchungen zu Waffenlieferungen voran. Zugleich kämpfen wir für soziale
147 Lösungen: höhere Löhne, bessere Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen, massive
148 Investitionen in Bildung, Pflege und bezahlbaren Wohnraum.

149 Innerhalb der Partei ist es entscheidend, offene Debatten zu schaffen: Wir
150 müssen Räume etablieren, in denen Kritisch diskutiert wird, was eine
151 „Verteidigungsarmee“ in Zeiten globaler Eskalation bedeutet und ob und wie wir
152 diese unter Berücksichtigung unserer friedenspolitischen Haltung realisieren
153 wollen ohne dabei Ängste über angeblich unmittelbar bevorstehenden russischen
154 Angriff auf NATO Territorium zu schüren, wie die Militarisierungslogik
155 durchbrochen werden kann und wie solidarische, zivile Alternativen wirksam
156 gestaltet werden können. Partizipation, Transparenz und kritische Reflexion
157 stärken unsere politische Handlungsfähigkeit und verhindern ein Abdriften in
158 Militarisierungsideologie.

159 Als Linke verstehen wir uns als Brücke zwischen Basis und Parlament:
160 Bündnispartner*in der sozialen Bewegungen, Unterstützer*in ihrer Forderungen und
161 entschiedene Oppositionskraft gegen Militarisierung und Sozialabbau – lokal,
162 landesweit und europaweit. Die Linke ist die einzige Partei, die konsequent
163 gegen Waffenlieferungen und die Logik der Militarisierung kämpft. Beginnend mit
164 den Rüstungskonzernen und ihren zynischen Profiten setzen wir uns ein für das
165 sofortige Ende sämtlicher Rüstungsexporte als Schritt hin zu einer rein zivilen
166 Produktion. Unser Handeln stellt die Menschen in den Mittelpunkt: Schutz,
167 Gerechtigkeit und Teilhabe für alle sind die Leitprinzipien unserer Politik.

168 Die Linke Hessen fordert:

169 **1. Nein zur Militarisierung der Gesellschaft!**

- 170 • Wir lehnen Kriegstüchtigkeit, Aufrüstung und Militarisierung ab.
- 171 • Wir fordern konsequente Abrüstung, zivile Friedenspolitik und internationale
- 172 Kooperation statt Panzer, Raketen und Rüstungsprojekte.
- 173 • Zivile Konfliktlösungen, Diplomatie, Unterstützung für die konsequente
- 174 Durchsetzung des Völkerrechts und soziale Sicherheit müssen die Grundlage
- 175 staatlichen Handelns sein.

176 **2. Nein zum Wehrdienstmodernisierungsgesetz und zur Wehrpflicht!**

- 177 • Wir fordern die Streichung der Wehrpflicht aus dem Grundgesetz.
- 178 • Eine Erweiterung auf Frauen lehnen wir entschieden ab.
- 179 • Kriegsdienstverweigerung: Wir unterstützen alle, die sich der Erfassung oder
- 180 dem Wehrdienst widersetzen, politisch und durch Beratung.
- 181 • Jede Form faktischer Verpflichtung durch Fragebögen, Register oder
- 182 administrative Druckmaßnahmen lehnen wir ab.

183 **3. Nein zur Bundeswehr im öffentlichen Raum!**

- 184 • Jugendoffiziere haben an Schulen, Hochschulen, Bildungseinrichtungen,
- 185 Jobmessen und Festen nichts verloren.
- 186 • Stattdessen fordern wir Friedensbildung und kritische politische Bildung, die
- 187 Kriegspolitik hinterfragt und die Unteilbarkeit von Menschenrechten überall
- 188 vermittelt.

4. Nein zur Zivilmilitärischen Zusammenarbeit

- Zivilgesellschaftliches Engagement und der Dienst in der Bundeswehr müssen klar getrennt werden: Eine automatische Unterstellung von zivilgesellschaftlich Engagierten unter die Bundeswehr ist abzulehnen.
- Polizei, Verfassungsschutz und Bundeswehr müssen deutlich abgegrenzt bleiben. Die Linke. Hessen fordert statt einer Stärkung des Verfassungsschutzes die Abschaffung des Verfassungsschutzes in seiner jetzigen Form und die Schaffung einer Alternative mit Bildungs- und Aufklärungsansätzen.
- Die Linke. Hessen wendet sich dagegen, in allen Landkreisen Liegenschaften mitsamt der kompletten Infrastruktur für militärische Zwecke vorzuhalten. Statt Kriegstüchtigkeit herzustellen, fordert Die Linke. Hessen, in Gesundheit, Bildung und Soziales zu investieren.
- Wir stellen uns gegen die Beeinflussung unserer Kinder und Jugend für militärische Zwecke
- Gesundheitseinrichtungen sind flächendeckend so aufrechtzuerhalten, dass die vor Ort lebende Bevölkerung eine gute Gesundheitsversorgung genießen kann. Die Finanzierung darf nicht nur daran ausgerichtet sein, was im Kriegsfall zu leisten wäre.
- Die Sicherung der kritischen Infrastruktur gehört in öffentliche Hand. Privatwirtschaftliche Unternehmen dürfen nicht die gleichen Rechte wie die Polizei erhalten, und das Gewaltmonopol des Staates darf nicht auf die Privatwirtschaft ausgeweitet werden.

189 **4. Soziale Priorität als Grundlage echter Sicherheit**

- 190 • Superreiche angemessen besteuern, Reichtum umverteilen und öffentliche Mittel
- 191 in soziale Daseinsvorsorge lenken.

192 • Soziale Sicherheit, gute Ausbildung, faire Löhne, sichere Arbeitsplätze und
193 Wohnraum sind die Basis für Frieden und Stabilität.

194 **5. Solidarität mit Deserteur*innen und Kriegsgegner*innen**

195 • Städte und Landkreise sollen geflüchtete Deserteur*innen aufnehmen –
196 unabhängig von ihrer Herkunft.

197 • Wir fordern asylrechtlichen Schutz, Beratung und Unterkünfte für
198 Deserteur*innen und Kriegsgegner*innen

199 • Städtepartnerschaften mit Städten in Ländern, die vom Krieg betroffen sind,
200 sollen aktive Solidarität und Austausch ermöglichen.

201 **6. Aktive Aufnahme von Geflüchteten aus Kriegsgebieten**

202 • Wir fordern umfassende Aufnahmeprogramme für Geflüchtete aus aktuellen
203 Kriegssituationen (z. B. Gaza, Ukraine).

204 • Humanitäre Korridore, medizinische Versorgung und Zugang zu sozialer
205 Unterstützung müssen garantiert werden.

206 **7. Zivile Infrastruktur statt Militärhaushalt**

207 • Umschichtung der Mittel aus Sondervermögen und Infrastrukturfonds in Bildung,
208 Pflege, sozialen Wohnungsbau, Klimaschutz und öffentliche Verkehrsmittel.

209 • Keine Ausgaben für neue Waffen, Mittelstreckenwaffen oder Großprojekte der
210 Bundeswehr.

211 • Keine Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Hessen (Wiesbaden) –
212 Solidarität mit lokalen Protesten.

213 • Kommunale Infrastruktur, ÖPNV und soziale Dienstleistungen müssen Vorrang vor
214 militärischen Investitionen haben. Zivile Infrastruktur darf nicht militärisch
215 ausgerichtet werden.

216 **8. Schutz der Versammlungsfreiheit und demokratischer Widerstand**

217 • Wir fordern verbindliche Deeskalationskonzepte für Proteste.

218 • Keine Kriminalisierung oder Überwachung friedlicher Aktionen gegen Aufrüstung,
219 Krieg oder soziale Ungerechtigkeit.

220 • Schutz von Demonstrierenden vor polizeilicher Repression

221 **9. Rolle der Linken: Aktive Friedensarbeit**

222 • Die Linke Hessen beteiligt sich aktiv an Ostermärschen, Friedensdemos und
223 Kampagnen gegen Mittelstreckenwaffen.

224 • Wir unterstützen den „Berliner Appell“ und andere Initiativen für Abrüstung,
225 Diplomatie und Konfliktprävention.

226 **10. Rolle der Linken stärken: innerparteiliche Diskussionen**

227 • Die Linke Hessen setzen sich für einen bundesweiten Kongress ein, um über
228 Militarisierung, sog. Verteidigungsarmee und zivilen Alternativen diskutieren.

229 • Stärkung der innerparteilichen Debattenräume, kritische Reflexion und
230 Transparenz, um unkritisches Abgleiten in Militarisierungsideologien zu
231 verhindern.

Begründung

Erfolgt mündlich.